

BUCHBESPRECHUNGEN

Friedrich Lenz: Meinungsforschung in Deutschland. Eine kurze Darstellung von Ergebnissen, Methoden und Erkenntniswert wissenschaftlicher Erforschung der öffentlichen Meinung. Carl Ernst Poeschel Verlag, Stuttgart 1950.

Die öffentliche Meinung zu analysieren, sie einer wissenschaftlichen Untersuchung zu unterziehen, schien in Deutschland noch vor wenigen Jahren ein unlösbares Problem zu sein. In den angelsächsischen Ländern ist nicht nur die öffentliche Meinung ein wesentlicher Faktor der politischen Willensbildung. Auch die Meinungsforschung ist eine anerkannte Institution, die ihre Aufgabe darin sieht, die öffentliche Meinung durch systematische Massenbefragung zahlenmäßig zu messen, soziologische Fakten festzustellen und psychologische Unterströmungen aufzuzeigen und damit die

„Masse“ ihrer gefürchteten Anonymität zu entkleiden.

In Deutschland erkennen wir die Tatsache, daß es eine öffentliche, sogar spezifisch deutsche öffentliche Meinung gibt, mehr oder minder bereitwillig an. Wir sind aber nicht geneigt, sie im politischen und wirtschaftlichen Leben in dem Maße in Rechnung zu stellen, wie es in anderen Ländern üblich ist, geschweige, sie zu analysieren und uns ihrer Ergebnisse zu bedienen. Dadurch ist ein Vakuum entstanden, das sich in politisch kritischen Situationen peinlich auswirken kann. Das liegt nicht so sehr darin begründet, daß der Deutsche weniger „ansprechbar“ und nicht geneigt ist, seine Meinung zu äußern, und somit die öffentliche Meinung in Deutschland schwerer meßbar ist, als in unserer Neigung, im öffentlichen Leben mit unbekanntem oder scheinbar klaren Faktoren zu operieren.

Die nüchterne Beschäftigung mit meßbaren Gegebenheiten ist ein Unternehmen, das in Deutschland von vornherein mit abwertenden „sentiments“ belastet ist, es sei denn, daß es gelingt, ihr durch weltanschauliche oder philosophische Ornamente zumindest den Anschein einer geisteswissenschaftlichen Betätigung zu geben.

Trotzdem beginnt der Gedanke der Meinungsforschung sich dank des Idealismus und der Einsatzbereitschaft eines kleinen Kreises auch in Deutschland durchzusetzen.

Außere Umstände, die Situation der ersten Nachkriegsjahre, erschwerten den Beginn einer wissenschaftlichen Meinungsforschung. In einem Augenblick der geistigen, politischen und wirtschaftlich-materiellen Umschichtung, in einem Zeitpunkt des Ringens um eine Neuorientierung, in einem Moment, in dem elementarste technisch-statistische Voraussetzungen für eine korrekte Meinungsforschung fehlten, wurde — zudem noch — von den Besatzungsmächten das Experiment unternommen, die öffentliche Meinung Deutschlands durch laufende Befragung ständig zu kontrollieren.

In der britischen Zone entstand die PORO, das (britische) Institut zur Erforschung der öffentlichen Meinung, in der amerikanischen ein ähnliches Unternehmen, während die Franzosen sich auf gelegentliche Spezialuntersuchungen — vor allem auf dem Gebiet von Unterrichts- und Erziehungsfragen — beschränkten. Wenn auch zu Beginn der materiell - organisatorische Einsatz nicht immer die methodischen Unzulänglichkeiten ausglich, die an die Bevölkerung gestellten Fragen in ihrer Formulierung mangelnde Kenntnis der deutschen Mentalität verriet, so hat die PORO eine wichtige Funktion erfüllt. In einer Zeit, in der die deutsche Presse naturgemäß weit weniger als heute ein Spiegel der deutschen öffentlichen Meinung sein konnte, war die PORO eine echte Mittlerin zwischen den Sorgen, Nöten, Schwierigkeiten, den Wünschen der deutschen Bevölkerung und der Besatzungsmacht. Sie hat der britischen Militärregierung im großen ganzen ein richtiges Bild der deutschen Meinung und der damaligen wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten vermittelt.

Die weitere Bedeutung der PORO liegt darin, daß sie ob nun immer gewollt, sei dahingestellt — direkt oder indirekt die Anregung für eine rein deutsche Meinungsforschung gegeben hat, deren Aufbau — abgesehen von den bereits aufgeführten ideellen und materiellen Schwierigkeiten — weiterhin durch den Kapitalmangel und die Verständnislosigkeit der deutschen Öffentlichkeit erschwert wurde. Um so mehr muß man den Mut der rein deutschen, privaten Institute bewundern, eigene Wege zu gehen. Bereits 1946 entstanden — um die wichtig-

sten zu nennen — die EMNID — Bielefeld —, wenig später das Institut für Demoskopie in Allensbach/Bodensee und die Hamburger DISMA. Ihr Aufgabenbereich ist die Markt- und Meinungsforschung.

Was haben diese Institute bisher erreicht? Wo steht die deutsche wissenschaftliche Meinungsforschung? Ist sie in der Lage, die gleiche Funktion zu erfüllen, die ihre ausländischen Vorbilder bereits seit Jahren ausüben? Das sind Fragen, die heute auftauchen müssen, in einem Augenblick, in dem die Diskrepanz zwischen der öffentlichen Meinung und den Entscheidungen, die an sie herangetragen werden, sehr stark empfunden wird.

Die Bielefelder EMNID hat den Versuch unternommen, diese Fragen zu klären. Unter dem Titel „Meinungsforschung in Deutschland“ wird ein Bericht vorgelegt, der nach den einleitenden Worten K. von Stackeibergs sachlich über die Methoden und Aufgaben der Meinungsforschung aufklären will. Im Mittelpunkt dieser Schrift steht, die Arbeit des wissenschaftlichen Leiters des Instituts, Univ.-Prof. Dr. Fr. Lenz, über „Wirtschaftslage und öffentliche Meinung Westdeutschlands im Spiegel der modernen Massenbefragung“. Wenn auch naturgemäß die Ergebnisse eines Instituts, in diesem Fall der EMNID, die Grundlage für die Darstellung von Prof. Lenz bilden, so ist der Aufsatz mehr als nur die Rechenschaft einer einzelnen Gesellschaft. Mit wohlthuender Peinlichkeit wird alles vermieden, was als „pro domo“ gesprochen gewertet werden könnte. Klar und sachlich umreißt Prof. Lenz den Stand der heutigen deutschen Meinungsforschung. Er gibt einen auch für Außenstehende leicht faßbaren Überblick über Methoden, Aufgaben und Ergebnisse und setzt sich vor allem sehr kritisch mit dem Wert und den Grenzen der Meinungsforschung auseinander.

Es geht über den Rahmen dieser Darstellung hinaus, auf die Darstellung von Prof. Lenz im einzelnen einzugehen. Es kann hier nur versucht werden, einen wesentlichen Punkt zu berühren, bei dem die Kritik an der Meinungsforschung stets zuerst einsetzt: die Methode.

Sieht man von Variationen ab, so haben sich in Deutschland zwei Grundverfahren herausgebildet, nach denen dieses „sample“ gebildet wird: das Random-(Listen, Maß-) System und das Quotensystem. Betriebswirtschaftliche Erwägungen haben in Deutschland dazu geführt, daß die deutschen Institute, vor allem EMNID, das Quotenverfahren bevorzugen, obwohl gerade im Augenblick der Mangel an vollständigen und zuverlässigen amtlichen statistischen Unterlagen die Anwendung des ersten Verfahrens, des Randomsystems, begünstigen würde. Die Gefahr eines Quotensystems be-

steht darin, daß die statistischen Daten, die die Grundlage liefern, nicht „fortgeschrieben“ werden, die heute noch immer starken Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur unberücksichtigt läßt und zu hohe Anforderungen an den Interviewer stellt.

Die Meinungsforschung hat eine mittelnde Tätigkeit, d. h., sie hat die Aufgabe, die Meinung der Befragten unverfälscht wiederzugeben. Daher ist weiterhin die Auswahl und die Formulierung der Fragen wichtig, mit denen man an die Bevölkerung herantritt. Die Antwort des Befragten darf nicht von vornherein durch eine falsch gestellte Frage beeinflusst, eingefärbt werden.

Prof. Lenz zeigt nun an einer Fülle von eindrucksvollen Beispielen, wie das „Rohmaterial“ behandelt und ausgewertet wird.

Welche praktische Verwendungsmöglichkeit besteht nun für diese Ergebnisse? Sehen wir von der reinen Marktforschung ab, so liegt die Aufgabe der Meinungsforschung keineswegs darin, wie oft geglaubt wird, die Rolle einer Pythia zu spielen und mehr oder minder dunkle Wahlprognosen zu stellen.

Sie kann aber, um bei dem Beispiel der Wahlen zu bleiben, die Wahlergebnisse analysieren und den Parteien und politischen Organisationen ein sehr klares Bild darüber geben, wie sich die Wählerschaft aufgliedert, wer wen gewählt hat, welche Gründe für den Wähler ausschlaggebend waren, sich für diese oder jene Partei zu entscheiden, ob das politische Programm wirklich so entscheidend oder die Redegabe einer Persönlichkeit ausschlaggebend war usw. Sie kann die Unterströmungen, die Imponderabilien aufzeigen, ja sogar den Nachweis liefern, daß diese oder jene Gruppe unter den gegebenen Umständen weitere Verluste haben oder Gewinne erzielen wird. Sie kann mit anderen Worten Parteien und Regierungen klare Einsichten in Fehler und Möglichkeiten verschaffen, sie kann die politischen Temperaturen messen und die Reaktionen auf diese oder jene Maßnahme registrieren.

Die Arbeit von Prof. Lenz zeigt, daß die deutsche Meinungsforschung über das Stadium der Experimente hinausgelangt ist, daß sie wissenschaftlich fundiert und in der Lage ist, die gleichen Aufgaben wie die ausländischen Institute zu erfüllen. Sie kann sehr wohl, wie Lenz sagt, zu einem „politischen Erziehungsmittel zur Demokratie“ werden, d. h. der öffentlichen Meinung selbst den Spiegel vorhalten, sie an der Meinungsbildung interessieren und damit „zu einem aktiven Faktor bei allen wesentlichen Tagesfragen umbilden“. Sie kann diesen Spiegel den Regierungen, Parteien und Organisationen vorhalten und damit das heute so schmerzlich empfundene Vakuum ausfüllen.

Allerdings muß sie sich selbst bescheiden und darauf verzichten, die Rolle einer „Dritten Macht“ zu spielen und verfassungsmäßige Institutionen wie Wahlen und Referenden ersetzen zu wollen.

Hermann H. Wolff

„Gesellschaft für Sozialen Fortschritt e. V.“

In der Erkenntnis, daß die Lösung der sozialen Probleme mehr denn je von entscheidender Bedeutung für die Existenz und die demokratischen Lebensformen unserer Bundesrepublik ist, daß das betriebliche und das gesamtwirtschaftliche Leben einer neuen sozialen Ordnung bedarf, haben sich Männer aus den Reihen der Sozialpartner und ihrer führenden Stellen, aus Wissenschaft und Verwaltung zusammengefunden und die „Gesellschaft für Sozialen Fortschritt e. V.“ (Bonn) ins Leben gerufen. Diese Gesellschaft, die sich im § 1 ihrer Satzungen die Aufgabe gestellt hat, im ausschließlichen und unmittelbaren Interesse der Allgemeinheit dem sozialen Fortschritt durch Klärung, Festigung und Förderung sozialpolitischer Ziele zu dienen“, und damit an das Wirken der früheren „Gesellschaft für Soziale Reform“ anknüpft, soll ein überparteiliches Forum der Aussprache sein und eine Brücke zwischen Praxis und Wissenschaft schlagen. Der vorläufige Vorstand der Gesellschaft besteht aus Prof. Dr. Ludwig Preller, dem früheren schleswig-holsteinischen Landesminister, Min.-Rat. Dr. Rappenecker vom badischen Wirtschaftsministerium, Erich Bührig, Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Max Lobeck, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung Nordrhein-Westfälischer Arbeitgeberverbände, Prof. Dr. Nipperdey, Universität Köln.

Die erste Hauptversammlung der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt fand am 13. und 14. Januar 1951 in Düsseldorf statt. Das Thema des ersten Tages lautete: „Soziale Autonomie und Staat“. Die soziologische Grundlegung dieses Themas hatte Prof. Dr. Edgar Salin, Basel, übernommen, während Prof. Dr. Carlo Schmid, Tübingen, die staatsrechtliche Seite behandelte. Im Anschluß daran sprachen u. a. Erich Bührig, Dr. Raymond und Rechtsanwalt Kurt Georg Kiesinger. Die Tagesordnung wurde am Vormittag des 14. Januar durch einen Vortrag von Staatssekretär Sauerborn, Bundesarbeitsministerium, über „Wandlungen im Krankheitsbild des deutschen Volkes und ihre Rückwirkungen auf die Sozialversicherung“ abgeschlossen.

Red.